

Satzung der Stadt Bornheim vom 29.08.2025 über das besondere gemeindliche Vorkaufsrecht gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB an Flächen, die für den Ausbau der Ortsverbindung zwischen Bornheim und Uedorf erforderlich sind

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am 10.07.2025, aufgrund des § 7 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SVG. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 05. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444) in Kraft getreten am 31. Juli 2024 und aufgrund von § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394), in Kraft getreten am 01. Januar 2024, folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Ziel und Zweck der Satzung

Die Verbindung Uedorfer Weg/Bornheimer Straße ist im Radverkehrskonzept der Stadt Bornheim als Vorzugsvariante und als Hauptverbindung zwischen Bornheim und den Rheinorten definiert.

Die Vorkaufsrechtssatzung setzt eine Fläche fest, die zum Ausbau der Verbindung Uedorfer Weg/Bornheimer Straße, inklusive eines kombinierten Geh- und Radweges, benötigt wird.

§ 2 Besonderes Vorkaufsrecht

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung steht der Stadt Bornheim in dem in § 3 bezeichneten Gebiet ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zu.

§ 3 Geltungsbereich

Die als Anlage beigefügten Pläne mit dem Geltungsbereich sind Bestandteil der Satzung. Der Geltungsbereich des Vorkaufsrechts nach § 2 ist in der Anlage rot und orange schraffiert dargestellt.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

In Kraft seit 04.09.2025, s. Amtsblatt Nr. 15 / 2025